

C 1185

G. r. ü. n. d. e

UWG

B e s c h l u ß

In dem Verwaltungsstreitfall
des Herrn

, 551 Mainz,

- Antragsteller und Beschwerdeführer -

g e g e n

die Stadt Mainz, vertreten durch den Überbürgermeister

- Antragsgegnerin und Beschwerdegegnerin -

w e g e n Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
hier: einstweilige Anordnung

hat der 12. Senat des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz in Koblenz
aufgrund der Beratung vom 29. Dezember 1994, an der teilgenommen haben

Vizepräsident des Oberverwaltungsgerichts Dr. Schwarz
Richter am Oberverwaltungsgericht Schmitz
Richter am Verwaltungsgericht Wingerter
beschlossen:

Die Beschwerde des Antragstellers gegen den Beschluß des Verwaltungsgerichts Mainz vom 17. August 1994 wird zurückgewiesen.

Der Antragsteller trägt die Kosten des Beschwerdeverfahrens.

- 2 -

Die Beschwerde kann keinen Erfolg haben.

Das Verwaltungsgericht hat es nämlich zu Recht abgelehnt, dem von dem Antragsteller im Rahmen eines einstweiligen Anordnungsverfahrens geltend gemachten Begehren zu entsprechen.

Die Voraussetzungen des als Rechtsgrundlage hier in Frage kommenden § 123 Abs. 1 Satz 2 UWG sind nicht gegeben. Weil das Begehren des Antragstellers letztlich auf eine Vorwegnahme der Hauptsache hinausläuft, kann nach der ständigen Rechtsprechung des Senats die beantragte einstweilige Anordnung nur erlassen werden, wenn zum einen die im Hauptsacheverfahren geltend zu machenden Ansprüche (Anordnungsanspruch) hinreichend wahrscheinlich sind, und zum anderen wegen des vorläufigen Nichterfüllens dieser Ansprüche während der Dauer des Hauptsacheverfahrens den Betroffenen schwere, unzumutbare und anders nicht abwendbare Nachteile drohen (Anordnungsgrund). Diese Voraussetzungen sind, wie alle Voraussetzungen des § 123 Abs. 1 UWG, von dem Antragsteller glaubhaft zu machen (vgl. § 123 Abs. 3 UWG i. V. m. § 320 Abs. 2 ZPO).

Daran fehlt es jedoch im Falle des Antragstellers.

Zunächst ist schon zweifelhaft, ob dem Antragsteller die von diesem begehrten Sozialhilfeleistungen in Form von Geldleistungen zustehen. Wenn davon ausgegangen wird, daß der Antragsteller dem in § 2 Abs. 1 Asylbewerberleistungsgesetz - AsylbLG - vom 30. Juni 1993 (BGBl. I S. 1074 ff.) beschriebenen Personenkreis zuzurechnen ist, ist auf ihn das Bundessozialhilfegesetz entsprechend anzuwenden mit der Folge, daß ihm danach Sozialhilfe zu gewähren ist, deren Art, Form und Maß sich nach den Besonderheiten des Einzelfalles, vor allem nach der Person des Hilfeempfängers, der Art seines Bedarfs und den örtlichen Verhältnissen zu richten haben (§ 3 Abs. 1 BSHG). Danach haben zwar die Hilfeempfänger grundsätzlich einen Anspruch auf Gewährung der ihnen zustehenden Sozialhilfe in Form von Geldleistungen. Allerdings kann eine Durchbrechung dieses Grundsatzes durch

Besonderheiten gerechtfertigt sein, die die Gesamtumstände des jeweiligen konkreten Sozialhilfefalles kennzeichnen, wofür bei dem hier zu beurteilenden Sachverhalt vieles spricht. Dabei ist im Falle des Antragstellers von wesentlicher Bedeutung, daß sich die Antragsgegnerin in Anbetracht der ungewöhnlich hohen Zahl der von ihr zu betreuenden sogenannten Bürgerkriegsflüchtlinge zur Vermeidung einer drohenden Obdachlosigkeit veranlaßt sah, drei betroffenen Personen in einer Sammelunterkunft unterzubringen. Die damit einhergehenden - von der Antragsgegnerin während des Verfahrens im einzelnen dargestellten und dem Antragsteller bekannten - Schwierigkeiten, wie insbesondere fehlende Kochgelegenheiten, die aus technischen und finanziellen Gründen auch kurzfristig nicht geschaffen werden können, bedingen es, daß der Antragsteller - abweichend von dem oben erwähnten Grundsatz - an einer Gemeinschaftsverpflegung teilnehmen und somit auf die Inanspruchnahme der Sozialhilfe in Form von Geldleistungen - von einem Taschengeld abgesehen - verzichten muß.

Dazu kommt, daß bei einer Gewährung der Sozialhilfe in Form von Geldleistungen die Gefahr besteht, daß zumindest ein Teil dieser Leistungen nicht mehr zweckgerecht verwendet wird. Darauf deutet eine Erklärung des Ministers des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz hin, die dieser in der Sitzung des Landtags am 21. September 1994 abgegeben hat und aus der hervorgeht, daß der Landesregierung Informationen vorliegen, die darauf hindeuten, daß "die hier lebenden Bosnier" dazu angehalten wurden, einen Teil ihres Einkommens, wozu auch die Sozialhilfe gezahlt werde, als "freiwillige Spenden" für die Kriegskosten abzuführen (vgl. LT-Drucks. 12. Wahlperiode - 87. Sitzung, 21. September 1994 - S. 6949).

Abgesehen davon, daß somit bei dem gegenwärtigen Sachstand schon zweifelhaft ist, ob der geltend gemachte (materiell-rechtliche) Anspruch überhaupt besteht, fehlt es des weiteren jedenfalls an einem Anordnungsgrund. Es sind keine Gründe glaubhaft gemacht noch sonst ersichtlich, aus denen sich mit der notwendigen Deutlichkeit ergibt, daß es dem Antragsteller nicht zumutbar ist, bis zu einer eventuellen Entscheidung in einem Verfahren zur Hauptsache auf die Gewährung der Sozialhilfe in Form von Geldleistungen

zu verzichten. Die Gründe für diese Feststellung hat das Verwaltungsgericht bereits in dem angegriffenen Beschluß dargelegt. Der Senat teilt die diesbezügliche Auffassung des Verwaltungsgerichts und verweist auf die entsprechenden Ausführungen in dem Beschluß.

Hervorzuheben ist lediglich noch einmal, daß der Antragsteller - wie die Antragsgegnerin in dem Vermerk vom 21. September 1994 im einzelnen dargelegt hat - mit ausreichenden und den allgemeinen Anforderungen entsprechenden Speisen und Getränken versorgt wird, wobei - nach Absprache mit dem beauftragten Versorgungsbetreiber - den besonderen Wünschen des Antragstellers soweit möglich Rechnung getragen wird. Damit ist zunächst eine "Grundversorgung" des Antragstellers sichergestellt, die, angesichts der schwierigen Lage, in der sich die Antragsgegnerin im Hinblick auf die Vielzahl der Bürgerkriegsflüchtlinge befindet, dem Antragsteller in Art und Umfang (zunächst) zuzumuten ist.

An dem Ergebnis des Beschwerdeverfahrens ändert sich auch dann nichts, wenn die von dem Antragsteller erwähnten Entscheidungen anderer Verwaltungsgerichte berücksichtigt werden, da diesen Entscheidungen jeweils ein Sachverhalt zugrunde lag, der - soweit ersichtlich - mit dem hier zu beurteilenden nicht vergleichbar ist; soweit erkennbar, unterscheiden sich die angesprochenen Fälle von dem hier zu entscheidenden durch die nicht unwesentlichen und für die Entscheidung (mit-)ausschlaggebende Tatsache, daß die Betroffenen jener Fälle über eine eigene Kochgelegenheit verfügten, während dies bei dem Antragsteller gerade nicht der Fall ist.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 154 Abs. 2 VwGO.

Gerichtskosten werden gemäß § 188 Satz 2 VwGO nicht erhoben.

Der Beschluß ist unanfechtbar (§ 152 Abs. 1 VwGO).

RVG Wingerter ist aus dem Senat ausgeschieden und an der Unterschriftsleistung gehindert

gez. Dr. Schwarz

gez. Schmitz

gez. Dr. Schwarz

Ausgefertigt



als Unterabteilung der Geschäftsstelle des Oberverwaltungsorgans Rheinland-Pfalz

VERWALTUNGSGERICHT MUNIZ

1. 1380/St.NZB. S. C. H. L. U. B.

In dem Verwaltungsstreit

1. der Frau [REDACTED], am Winterhafen, 55131 Mainz,
2. des Herrn [REDACTED], ebenda,

- Antragsteller -

g e g e n

die Stadt Mainz, vertreten durch den Oberbürgermeister

- Antragsegegnerin -

W e g e n Leistungen nach AsylbLG (Gemeinschaftsverpflegung)
hier: Antrag nach § 123 SGB

hat die 1. Kammer des Verwaltungsgerichts Mainz
aufgrund der Beratung vom 17. August 1994, an der teilgenommen haben

Richter am Verwaltungsgericht Dr. Burandt,
Richter am Verwaltungsgericht Dr. Reuscher,
Richterin am Verwaltungsgericht Beckmann,

beschlossen:

Der Antrag wird abgelehnt.

Die Antragstellerin haben die
Kosten des Verfahrens zu tragen.

— nicht rechtskräftig —

B. S. C. H. L. U. B.

Der Antrag, die Antragsegegnerin im Wege der einstweiligen Anordnung zu verpflichten, anstelle von Gemeinschaftsverpflegung ungekürzte Regelsätze als Geldleistung in der nach dem Bundessozialhilfegesetz auch für Deutsche geltenden Höhe einschließlich Kleidergeldpauschale und etwaiger Mehrbedarfszuschläge zu gewähren, hat keinen Erfolg.

Gemäß § 123 Abs. 1 Satz 2 SGB ist eine einstweilige Anordnung zur Regelung eines vorläufigen Zustandes in Bezug auf ein streitiges Rechtsverhältnis zulässig, wenn diese Regelung, um wesentliche Nachteile abzuwenden oder aus anderen Gründen nötig erscheint. Dabei ist grundsätzlich eine Vorwegnahme der Hauptsache unzulässig. Im Hinblick auf die in Art. 19 Abs. 4 des Grundgesetzes gewährleistete Garantie effektiven Rechtsschutzes ist dies nur dann möglich, wenn der geltend gemachte Anspruch hinreichend wahrscheinlich und es dem Antragsteller schlechthin unzumutbar ist, das Ergebnis des Hauptsacheverfahrens abzuwarten (vgl. Kupp, WVG, 9. Aufl. 1992, § 123 Rdnr. 13; Finkelburg/Jank, Vorläufiger Rechtsschutz im Verwaltungsstreitverfahren, 3. Aufl. 1986, Rdnr. 1066 ff.). Vorliegend fehlt es an der Glaubhaftmachung eines Anordnungsgrundes gemäß § 123 Abs. 3 SGB i.V.m. § 920 Abs. 2 ZPO.

Unzumutbare Nachteile im Sinne des § 123 Abs. 1 Satz 2 SGB drohen nicht immer schon dann, wenn der Streit der Beteiligten um die Deckung des "notwendigen Unterhaltes" im Sinne des § 12 BSHG geht. Unzumutbar sind Nachteile erst dann, wenn das "zum Lebensunterhalt unerlässliche" im Sinne des § 25 Abs. 2 BSHG gefährdet ist, was zur Folge hat, daß mit dem Antrag auf Erlass einer einstweiligen An-

ordnung nur das "zum Lebensunterhalt unerlässliche" erstritten werden kann. Dabei ist davon auszugehen, daß das "zum Lebensunterhalt unerlässliche" im Regelfall etwa 20 bis 30 vom Hundert unter dem "notwendigen Lebensunterhalt" liegt (OVG Rheinland-Pfalz, Beschluß vom 14.02.1991 12 B 10154/91.OVG). Bei der hier nur möglichen summarischen Überprüfung der Sach- und Rechtslage geht die Kammer davon aus, daß die von der Antragsgegnerin erhobenen Sachleistungen das "zum Lebensunterhalt unerlässliche" gewährleisten; das gilt insbesondere für die Bereitstellung von drei Mahlzeiten täglich.

Es ist nicht ersichtlich, daß es für einen Antragsteller unzumutbar ist, bis zur Entscheidung im Hauptsacheverfahren auf den Bezug von Sachleistungen verzichten zu werden. Der Erlaß einer einstweiligen Anordnung kommt daher nicht allein schon deshalb in Betracht, weil die zugewendeten Geld- und Sachleistungen angeblich das Niveau unterschreiten, das sonst Mithilfebedürftigen nach dem BSHG zusteht.

Etwas anderes ergibt sich auch nicht aus dem Vorbringen, die Versorgung mit Sachleistungen sei nicht bedarfsdeckend. Die Ausgabe von Sachleistungen kann als solche nicht als unzumutbar angesehen werden. Dies ergibt sich schon daraus, daß der Gesetzgeber in § 3 des Asylbewerberleistungsgesetzes die Ausgabe von Sachleistungen als sogenannte "Grundleistungen" für die Deckung des notwendigen Bedarfs der Leistungsberechtigten gemäß § 1 Asylbewerberleistungsgesetz als zumutbar und ausreichend anerkennt.

Es ist auch nichts dafür glaubhaft gemacht, daß im konkreten Einzelfall die Teilnahme an der Gemeinschaftsverpflegung unzumutbar wäre. Soweit die mangelnde Berücksichtigung individueller Bedürfnisse geltend gemacht wird, ist nicht glaubhaft gemacht, daß gesundheitliche Nachteile auftreten. Hinsichtlich der Berücksichtigung kultureller und religiöser Belange läßt die pauschale Antragseingekündung nicht erkennen, daß hier konkret für einen Antragsteller Nachteile drohen, deren vorübergehende Milderung ihm unzumutbar ist.

Der Erlaß einer einstweiligen Anordnung hinsichtlich der Kleidergeldpauschale und etwaiger Mehrbedarfszuschläge kommt mangels Glaubhaftmachung eines entsprechenden Bedarfs oder des Eintritts unzumutbarer Nachteile nicht in Betracht.

Der Antrag ist daher in vollem Umfang abzulehnen.

Die Kostenentscheidung folgt aus § 154 Abs. 1 VwGO. Nichtskkosten werden gemäß § 160 Satz 2 VwMO nicht erhoben, da es sich vorliegend um einen Rechtsstreit aus dem Sachgebiet der Sozialhilfe handelt, denn es werden Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz erstritten.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Beschluß steht den Beteiligten und den sonst von dem Beschluß Betroffenen die Beschwerde an das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz zu.

Die Beschwerde ist beim Verwaltungsgericht Mainz (Hausadresse: Ernst-Ludwig-Str. 9, 55118 Mainz; Postanschrift: Postfach 4106, 55031 Mainz) schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung des Beschlusses einzulegen. Die Beschwerdefrist ist auch gewahrt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz (Hausadresse: Dehnhorplatz 4, 55088 Koblenz; Postanschrift: 55085 Koblenz) eingeht.

gez. Dr. Burandt gez. Dr. Reuschler gez. Beckmann
RVG RVG RVG

Rechtsmittelstelle
als Urkundsstelle
der Geschäftsstelle

